Kraft, Gabriel

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

SPD

Kraft lässt Troika hinter sich

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hätte gute Chancen, SPD-Kanzlerkandidatin zu werden – wenn die Wähler gefragt würden. Sie bekäme mehr Zustimmung als die drei bisherigen möglichen Bewerber Parteichef Sigmar Gabriel, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. Das ergab eine repräsentative Umfrage von TNS Forschung im Auftrag des SPIEGEL. Danach wäre Kraft nach Ansicht von 26 Prozent der Interviewten die geeignete Herausforderin von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), gefolgt von Steinbrück mit 25 Prozent und Steinmeier mit 23 Prozent. Abgeschlagen auf Platz vier in der Wählergunst liegt mit 10 Prozent der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Die drei SPD-Männer hatten im Juli 2011 vereinbart, zunächst als Führungstroika aufzutreten, und waren so auch kürzlich vom neuen französischen Präsidenten François Hollande im Elysée-Palast empfangen worden. Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten wollen sie erst nach der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 treffen. SPD-Aufsteigerin Kraft hatte in der Vergangenheit wiederholt versichert, eine Kandidatur nicht anzustreben. Inzwischen hat sie sich auch im SPIEGEL-Politiker-Ranking von ihren männlichen Genossen abgesetzt (siehe Seite 14).

KONSERVATIVE

Sommeroffensive gegen Merkel

Der konservative Berliner Kreis von Unionsabgeordneten aus Bund und Ländern will die Sommerpause für eine Attacke auf die CDU-Chefin Angela Merkel nutzen. Der Kreis unter Führung des hessischen Unionsfraktionschefs Christean Wagner und des baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß plant, im August sein Gründungsmanifest vorzustellen. Das haben führende Mitglieder am vergangenen Freitag in Berlin verabredet. In dem mehrseitigen Text wollen sich die Unions-Orthodoxen in vielen wichtigen Themen vom Modernisierungskurs Merkels abgrenzen – so in der Familienpolitik und bei der Energiewende. Zudem wollen sich die konservativen Parlamentarier für das mehrgliedrige Bildungswesen und den Erhalt von Gymnasien aussprechen. Zu dem Kreis gehören auch der prominente CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach und die Vertriebenenchefin Erika Steinbach. Ein Gespräch mit CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hatte in der Vergangenheit keine Annäherung zwischen den Anliegen des Berliner Kreises und der Unionsspitze gebracht.

ZAHL DER WOCHE

42

Prozent der Piratenpartei-Mitglieder

sind mit ihren Beitragszahlungen in Verzug. Die rund 33 000 Mitglieder müssen jährlich einen Obolus von 48 Euro entrichten. Wer gezahlt hat und wer nicht, konnte wegen einer Software-Umstellung bisher aber nicht in allen Bundesländern erfasst werden. Die säumigen Piraten sollen nun Zahlungserinnerungen und Mahnschreiben erhalten.